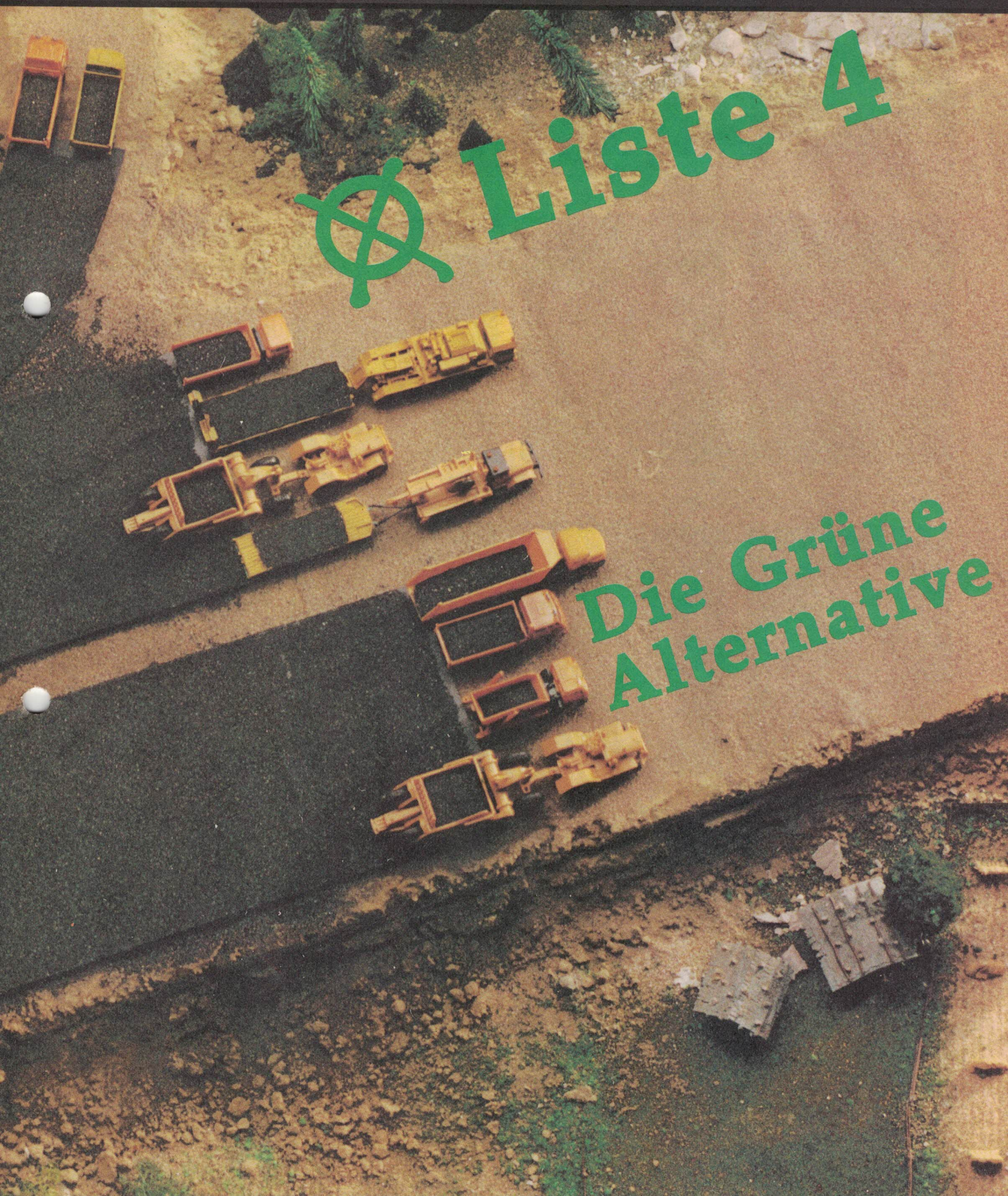
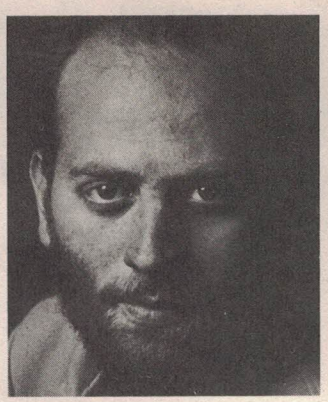
IMPULS
GRÜN

ÖS 15.-
Nummer 9/90
September
Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1070
P.b.b.



Kandidatinnen und Kandidaten der *Grünen Alternative zur Nationalratswahl 1990*

Rudi Anschober
1. Platz Oberösterreich



Christoph Chorherr
4. Platz Wien

Marijana Grandits
Reststimmenliste West

Christine Heindl
1. Platz Burgenland

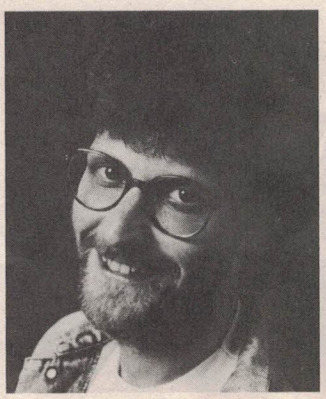
Christian Hörl
1. Platz Vorarlberg

Monika Langthaler
1. Platz Niederösterreich

Madeleine Petrovic
1. Platz Wien

Peter Pilz
2. Platz Wien

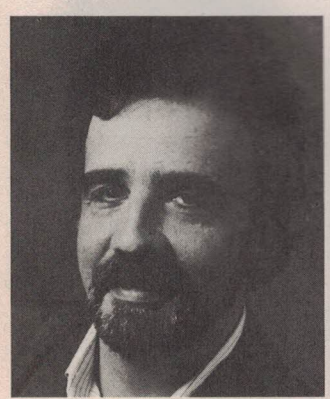
Sonja Puntscher Riekmann
3. Platz Wien



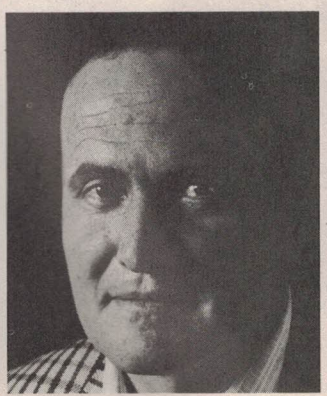
Severin Renoldner
1. Platz Tirol

Terezija Stoisits
Minderheitenmandat

Manfred Srb
Reststimmenliste West

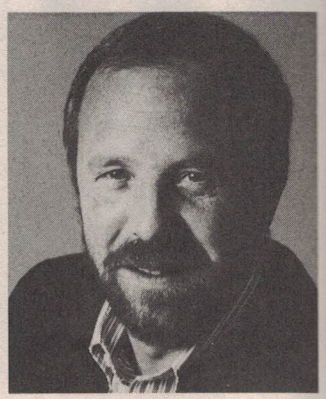


Johannes Voggenhuber
1. Platz Salzburg



Andreas Wabl
1. Platz Steiermark

Ingrid Zablatnik
1. Platz Kärnten



Fritz Zaun
Reststimmenliste Ost

ZU BEGINN...

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Hat Sie der Wahlkampf von SPÖ, ÖVP und FPÖ schon eingeholt? Wir, die GRÜNE ALTERNATIVE, versuchen es mit Inhalten, mit einem ganz konkreten Reformprogramm.

In unserem Programm geht es um die Verkehrslawine, um die giftige Atemluft, um die Abfallflut, um die Grundwasservergiftung, um das Mindesteinkommen, um die Gleichberechtigung, um Bundesheer und Stapo und um die heillose Flucht von SPÖ, ÖVP und FPÖ in den EG-Binnenmarkt.

In unserem Programm und in unserer Wahlwerbung sprechen wir Dinge auch offen an. Eines der aktuellstes Beispiele: der Benzin-Preis. Als Sonja Puntscher Riekmann die Forderung nach einem kostendeckenden Benzinpreis von öS 24.- in der Fernsehpressestunde erhob, natürlich in Etappen, natürlich mit sozialem Ausgleich, natürlich nur mit massivem Ausbau des ÖV und Tarifsenkung, schrien die drei anderen Parteien auf.

Befremdend daran ist die Tatsache, daß alle(!) Parteien eine Erhöhung des Benzinpreises fordern. Nur halt ja nicht zu laut. Der Umweltbeauftragte der FPÖ Doz.Dr.Gerhard Spitzer sagte in einem Interview in der Zeitschrift ÖKO-Trend: "...Autos sind in der Anschaffung ein wenig, in der Erhaltung viel zu billig - ich kann mir einen Benzinpreis von öS 30.- vorstellen und eine Koppelung von Kfz-Steuer und Verbrauch."

In einer SPÖ-Broschüre steht: "...daß die Verkehrsträger kostendeckende Preise verlangen müssen.. so müßte die Mineralölsteuer für den PKW-Verkehr um öS 14.- , für den LKW-Verkehr um öS 28.- erhöht werden..."

Die ÖVP fordert die sogenannte Öko-Soziale Marktwirtschaft. Die ökologischen Probleme werden marktwirtschaftlich, also über den Preis geregelt. Für den Benzinpreis übersetzt bedeutet das nichts anderes als eine Erhöhung.

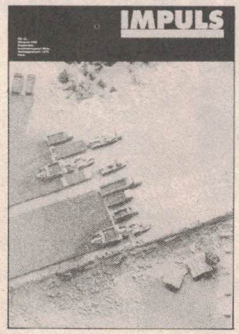
Unser Wahlkampfkonzept ist auch nicht auf Köpfen und Schlagwörtern aufgebaut. Denn was heißt "Neue Qualität des Denkens" oder "Neue Qualität des Handelns"? Drückt sich die "Neue Qualität des Handelns" etwa in der Stationierung von Bundesheersoldaten mit scharfer Munition an der österreichischen Grenze aus? Oder bedeutet "Neue Qualität" die Visumspflicht für zahlungsschwache Touristen aus Ost- und Mitteleuropa? Drückt sich die neue Qualität der sozial-christlich-freiheitlichen PolitikerInnen etwa darin aus, daß sie AusländerInnen am liebsten zu GrenzgängerInnen und Saisonniers machen wollen? Wie weit ist es her mit den Sprüchen einer FPÖ nach Offenlegung, Aufdeckung und Konsequenzen, wenn diese Partei (in aller Stille und ansonst unüblichen Bescheidenheit) Millionen von Steuern hinterzogen hat?

Die etablierten Parteien wollen die bisherige Politik fortführen. Wir wollen sie verändern. Zu mehr Demokratie, zur Erhaltung der Umwelt, zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Was wollen Sie?

Ihre Wahl ist wichtig. Wir bitten Sie um Ihre Stimme.
Liste 4
Die Grüne Alternative - Grüne im Parlament

INHALT

Länderberichte	4
Theater der Wiederbelebung	5
Plakate der Grünen Alternative	7
Kinospots	10
Folderkonzept	16
Kurzforderungsprogramm der Grünen Alternative	12
Transit Initiative	15



Cover:
Ausschnitt aus dem Kinospot "Verkehr" der Grünen Alternative. Produziert von der Agentur Trizeps

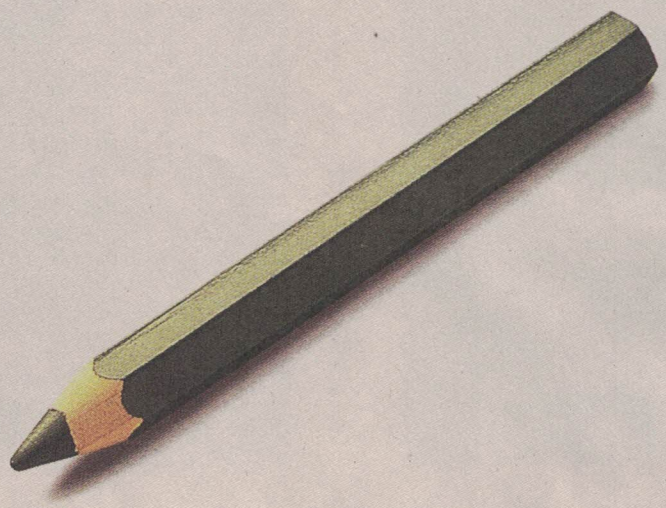
GRÜNES ARCHIV

IMPRESSUM

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1070 Wien P.b.b.
Medieninhaber: Die Grüne Alternative (Grüne)
Herausgeber: Die GRÜNE Bildungswerkstatt, der GRÜNE Klub, die GRÜNE Alternative
Redaktion: Eva Kaltenbrunner
MitarbeiterInnen: Andrea Veit, Jürgen Brües
Redaktionsadresse: 1070 Wien, Stiftg. 6
Lay-Out und Graphik: Jo Frost
Repro: Media & Graphik
Druck. Typographische Anstalt, 1190 Wien

Namentlich gekennzeichnete Beiträge können, müssen aber nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion.
Beilagen verlieren ihr Impressum
DVR Nr.0527491

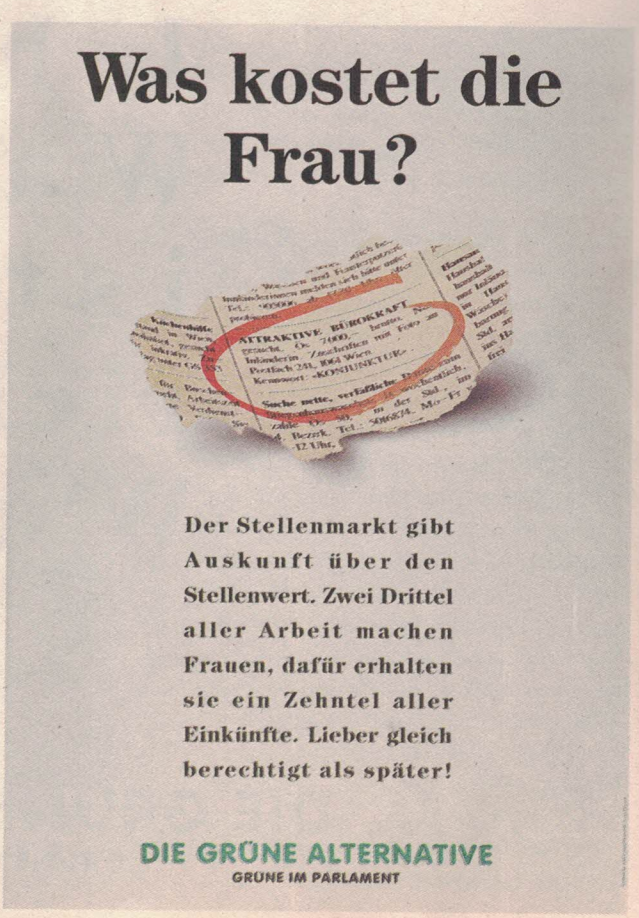
Zu den Waffen!

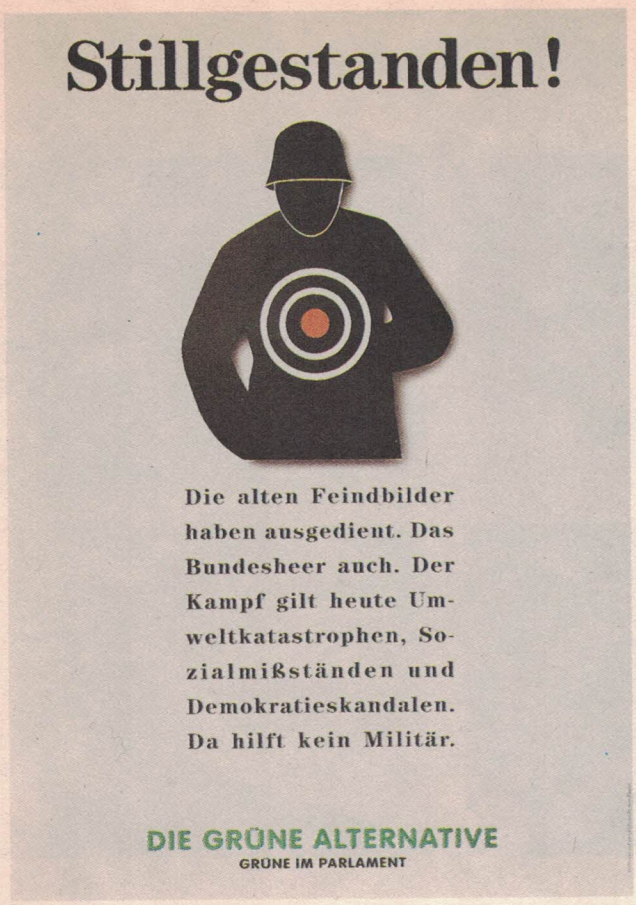


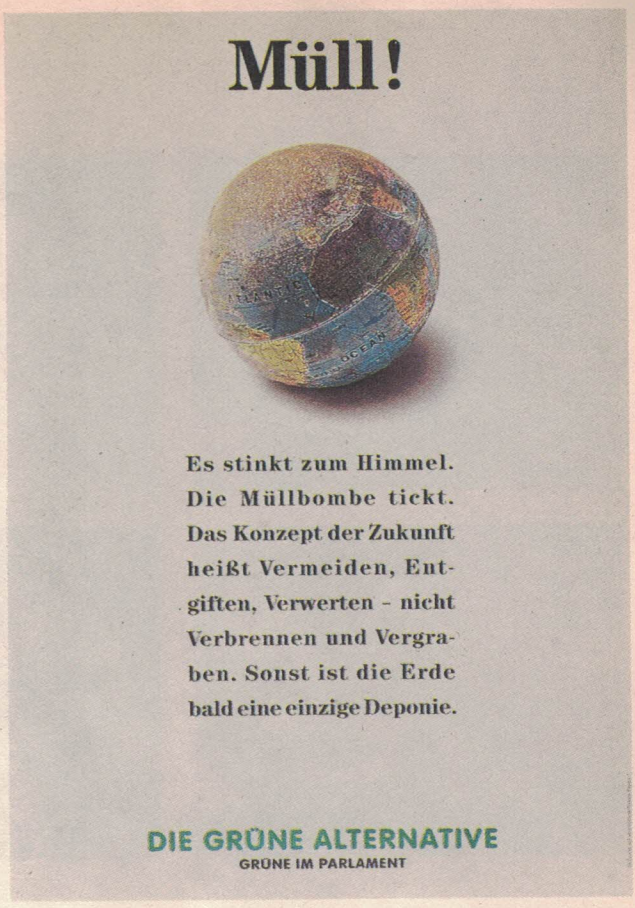
I h r e
W a f f e
i s t d i e
r i c h t i g e
W a h l !

DIE GRÜNE ALTERNATIVE
GRÜNE IM PARLAMENT

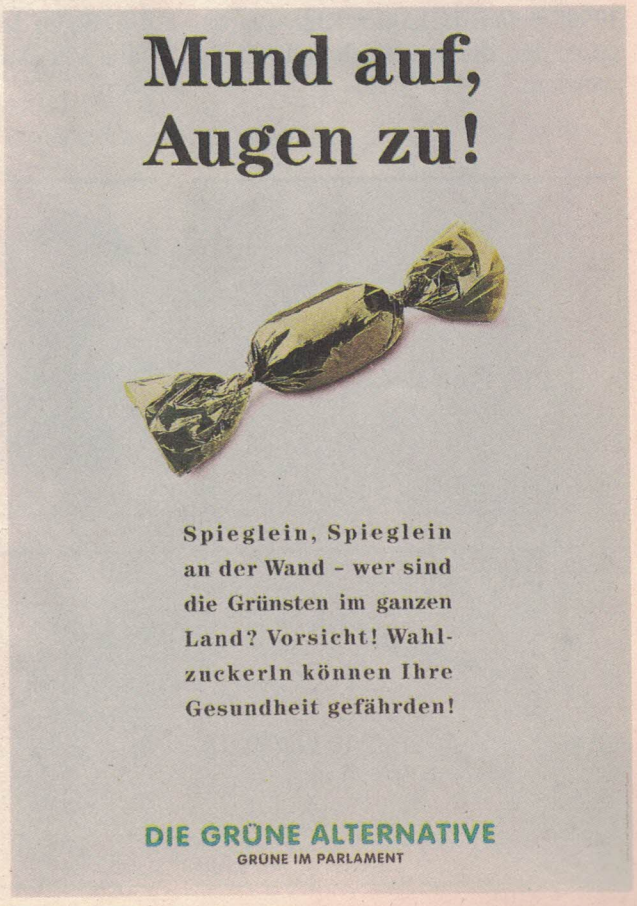
Das "Wahlkampfkonzept Nationalratswahl 1990" der Grünen Alternative soll vor allem eine Abgrenzung zu den Inhalten "der drei anderen" sein und "geistige Frische, differenzierte Lösungsansätze zu aktuellen Problemen, ästhetische Qualität der einzelnen Bausteine und Professionalität der Umsetzung" vermitteln.







Die gestalterischen Mittel sind insbesondere: Klare formale Gliederung, starke Bild/Symbol/Sprach-Verbindungen, gezielte Bewegung zwischen Provokation, Sachaussage und Banalität. Die Sujets wurden bei den Plakaten, Foldern und Kinospots beibehalten um die Wiedererkennbarkeit zu gewährleisten.

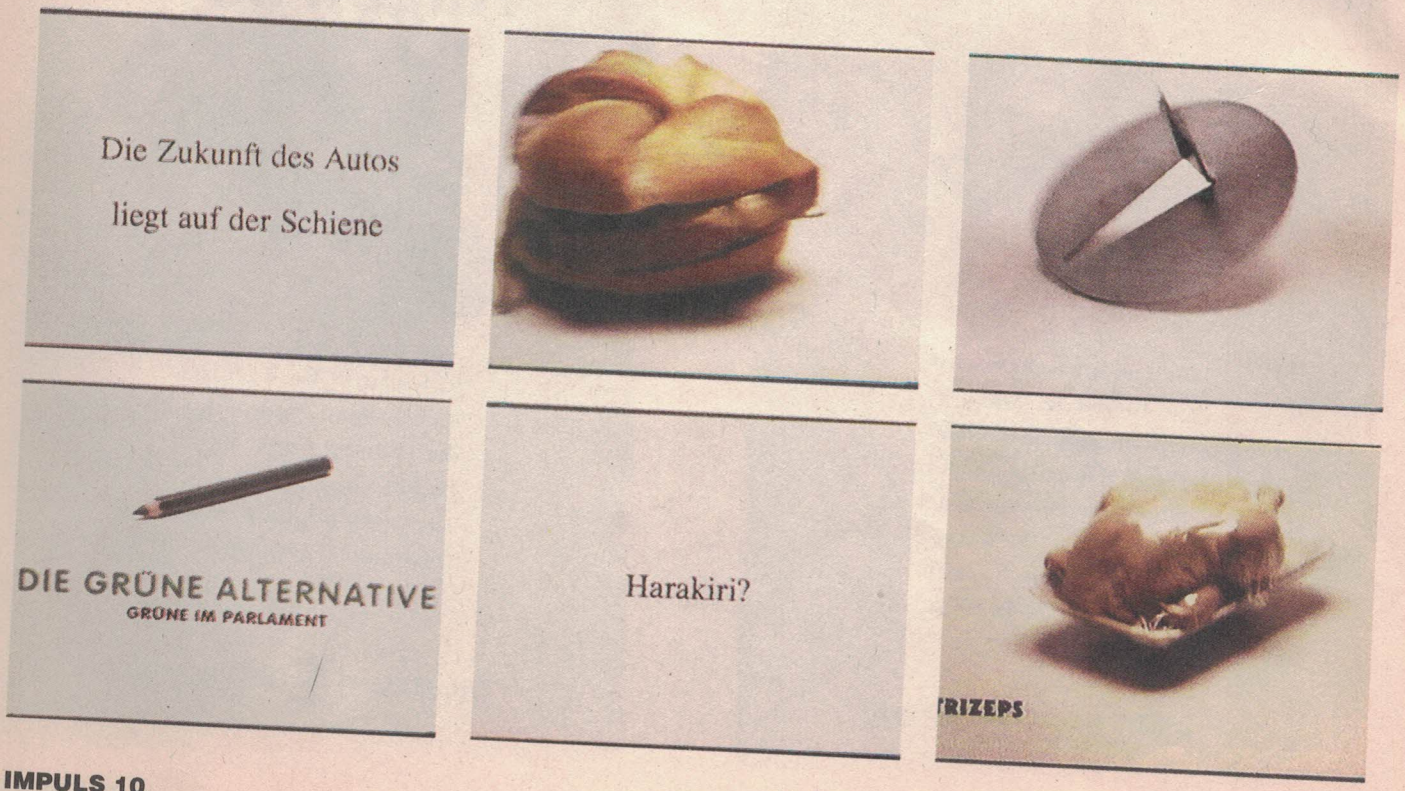


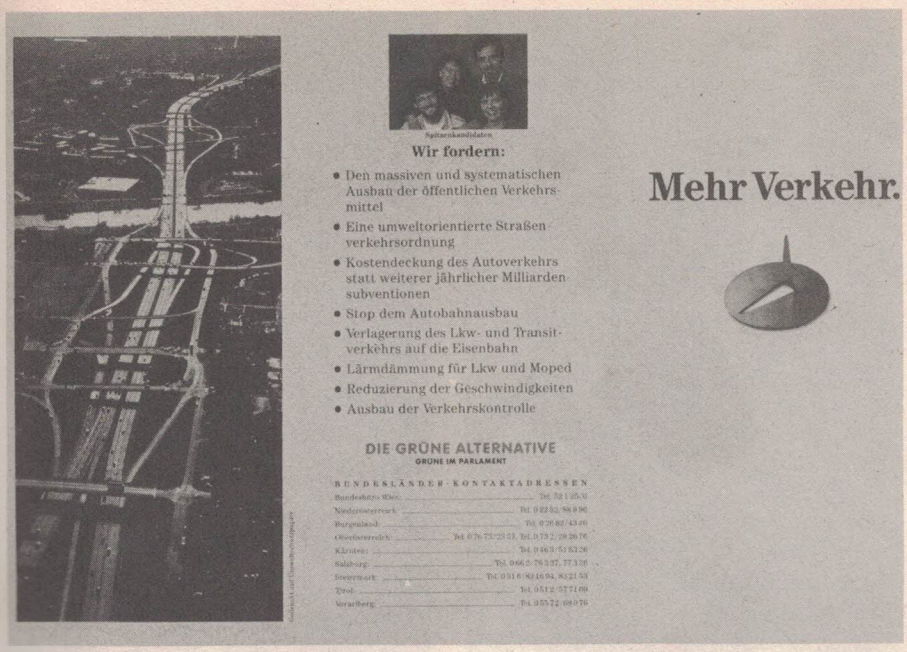
Auch das Medium Kino wird in den Wahlkampf der Grünen Alternative miteinbezogen

Einen wichtigen Teil des "Wahlkampfkonzepts Nationalratswahl 1990" stellen die beiden Kino-Werbespots dar, die österreichweit gezeigt werden.

Der erste etwa 30 sek. lange Werbefilm führt den Zuschauern drastisch die Folgen des exzessiven Autobahnbaus vor Augen (siehe Ausschnitte oben).

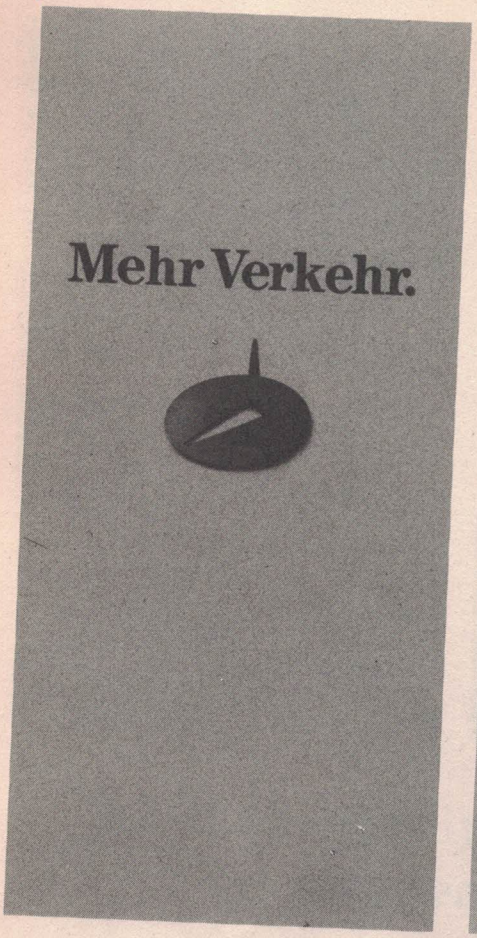
Der zweite Spot bietet eine dynamische Umsetzung der mittlerweile wohlbekannten Plakatsujets wie Weltkugel, Wahlzuckerl oder Leberkäs'semmel für das Kinopublikum.





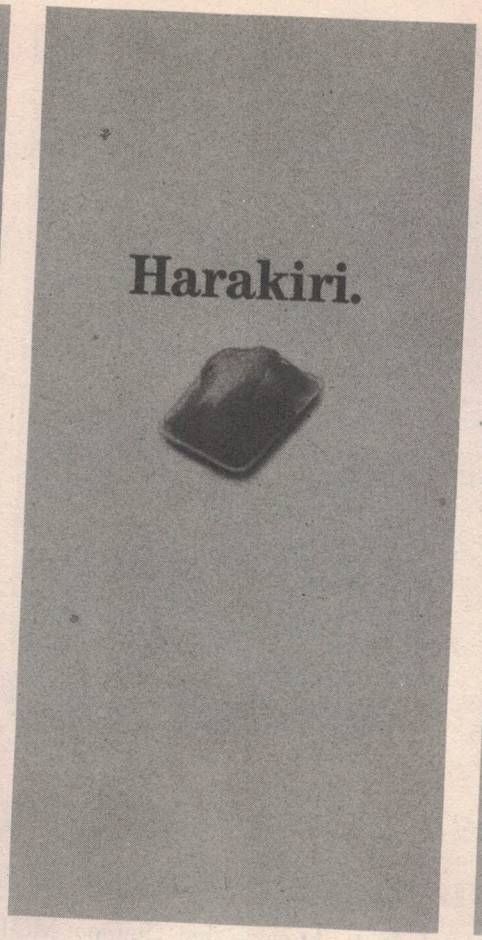
Bei den Foldern wurden auf der Titelseite die Plakatsujets übernommen. Auf der Innenseite werden die jeweils angesprochenen Themen konkretisiert. Es wird - mit Kurzforderungen - auf die spezielle Situation und auf die Position der Grünen Alternative (Grüne im Parlament) zu den einzelnen Themen eingegangen.

Folder gibt es zu den Themen: Müll (Müll!), Verkehr (Mehr Verkehr.), Landwirtschaft (Harakiri.), Demokratie (Zu den Waffen!), Friedenspolitik (Stillgestanden!), Frauen (Was kostet die Frau?), Minderheiten (Mit Sprache), BürgerInnenbeteiligung (Mund auf, Augen zu) und Sozialpolitik (Das Brot ist voll.).



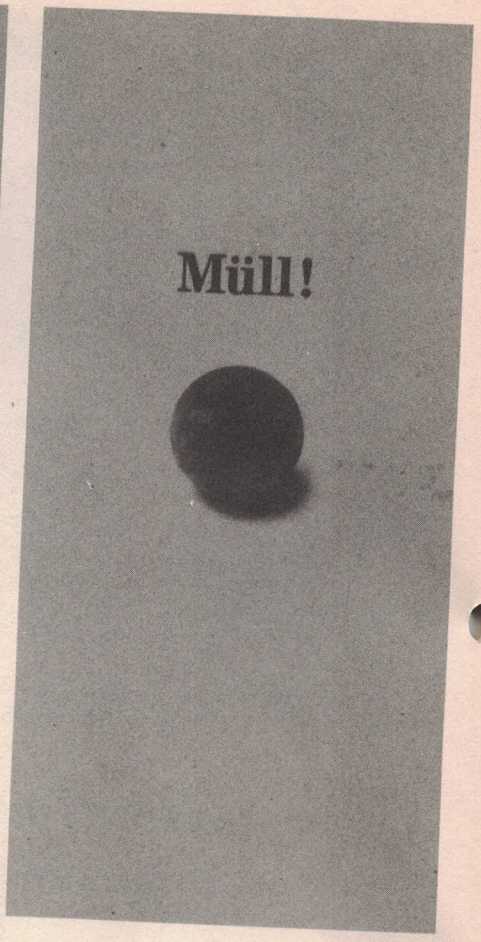
Wir fordern:

- Den massiven und systematischen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel
- Eine umweltorientierte Straßenverkehrsordnung
- Kostendeckung des Autoverkehrs statt weiterer jährlicher Milliardensubventionen
- Stop dem Autobahnausbau
- Verlagerung des Lkw- und Transitverkehrs auf die Eisenbahn
- Lärmdämmung für Lkw und Moped
- Reduzierung der Geschwindigkeiten
- Ausbau der Verkehrskontrolle



Wir fordern:

- Massive Förderung der ökologischen Landwirtschaft
- Drastische Einschränkung von Düngemitteln, Pestiziden, Insektiziden, Funghiziden
- Gesetz zum Schutz vor den Gefahren der Gentechnologie
- Verbot der Genomanalyse im Arbeitsbereich und jeglicher Experimente an Embryos
- Verbot der Patentierung von Tieren und Pflanzen
- Verbot der Massentierhaltung
- Keine Bestrahlung von Lebensmitteln



Wir fordern:

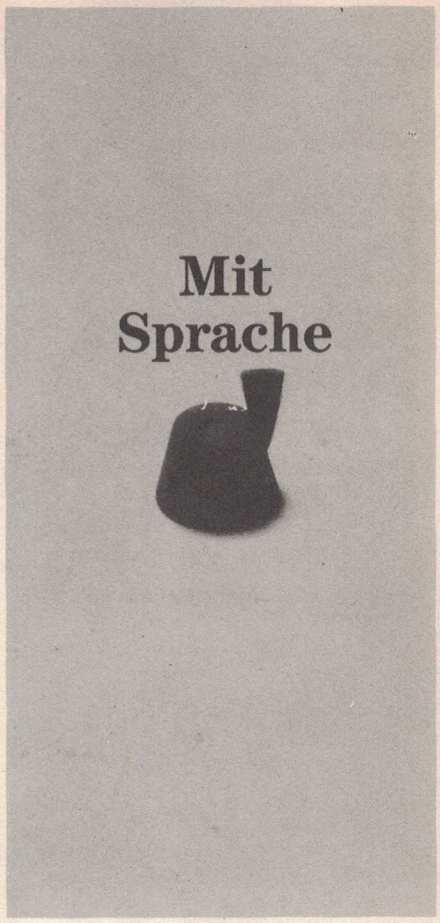
- Gesetzliche Bestimmungen zur Abfallvermeidung
- Systematische Sanierung der Altlasten
- Ein ökologisch orientiertes Steuersystem
- Verpackungspfandsysteme
- Ausstieg aus der Chlorchemie
- Schluß mit der Hausmüllverbrennung
- Parteienstellung von Bürgerinitiativen in Umweltfragen

Wir fordern:

- Drittes "Karenzjahr" in Form einer Arbeitszeitverkürzung auf eine 30-Stunden-Woche für alle Erziehenden, unabhängig von Geschlecht, Beruf und Familienstatus
- Ausweitung des Gleichbehandlungsgebotes bei Einstellung, Kündigung und beruflichem Aufstieg von Frauen
- Quotenregelung im öffentlichen Dienst
- Das Recht auf getrennte Ehenamen
- Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung

Wir fordern:

- Den Ausbau der direkten Demokratie
- Demokratisierung des Wahlrechts (Zweitstimme zur Persönlichkeitswahl)
- Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft in Kammern
- Beseitigung des Klubzwanges
- Öffentlichkeit aller Ausschüsse
- Auflösung der Staatspolizei und Herausgabe aller Spitzelakten
- Allgemeine Akteneinsicht für alle Bürger/innen
- Gleichstellung von Minderheiten
- Liberale Ausländerpolitik



Wir fordern:

- Interkulturelle Erziehung
- Sofortige Erfüllung der Minderheitenschutzbestimmungen des Artikel 7 - Staatsvertrag von Wien 1955 und Anwendung auf alle Volksgruppen
- Förderung des regionalen Kulturaustausches mit den Nachbarländern
- Spezielle Unterstützung von regionalen Kultur- und Wirtschaftsinitiativen
- Wahlrecht für Ausländer/innen

Mund auf, Augen zu!

Wir fordern:

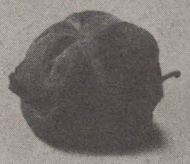
- Eine verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung für Anlagen und Großprojekte
- Mitwirkungsrechte für Bürgerinitiativen und mehr Rechte für Betroffene in allen Umweltverfahren
- Eine unabhängige Umweltkontrollbehörde
- Taten statt Worte gegen die weiterwachsende Abfall- und Verkehrsflut, Luft-, Wasser- und Bodenvergiftung, gegen Energieverschwendung, Stadt- und Landschaftszerstörung, gegen Bau- und Bodenspekulation, gegen das Waldsterben

Stillgestanden!

Wir fordern:

- Abschaffung des Bundesheeres
- Verwendung der Budgetmittel (ca. 18 Mrd. öS pro Jahr) zur Bekämpfung der Armut, Anhebung der Mindestpensionen, für eine aktive Umweltpolitik und zur Unterstützung der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa
- Ausbau der Neutralität zu einer aktiven Friedenspolitik

Das Brot ist voll.



Wir fordern:

- Gesetzlichen Mindestlohn von öS 10.000,- netto monatlich
- Mindestpension und Sockelbetrag bei Arbeitslosigkeit von öS 7.000,- netto monatlich
- Verdoppelung der Familienbeihilfe
- Einheitliches Pensionssystem für alle
- Eine offene Ausländerpolitik
- 35-Stunden-Woche